

... von der Landung summiert, in dem solche Situationen, die Zerschlagung von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zu, das 170 Bewerbern einen Studienplatz in Medizin auch ohne passende Abiturnote ermöglicht. Sie müssen sich dafür verpflichten, nach ihrem Studium für zehn Jahre als Studienkosten zahlen.

Hepatitis-Kranke spuckt Beamten an

AACHEN (lmw). Eine Frau mit einer ansteckenden Krankheit hat nach Angaben der Stadt Aachen einen städtischen Mitarbeiter angespuckt. Die Drogenstüchtige sei auf den Mann in einem Einsatzfahrzeug zugegangen und habe ihm unvermittelt ins Gesicht gespruckt. Der Polizei habe die Frau anschließend gesagt, sie sei mit Hepatitis C infiziert und hoffe, dass sie den Mann angesteckt habe.

Tödlicher Raubüberfall vor Aufklärung

KREIFELD (lmw). Zweieinhalb Monate nach dem Raubüberfall mit Todesfolge auf eine 84-jährige in Kreifeld ist Haftbefehl gegen einen 26-Jährigen erlassen worden. Die Ermittler kamen dem Seihen ohne festen Wohnsitz in Deutschland durch einen Fingerabdruck auf die Spur. Dieser soll auf einem Schreiben aus der Handtasche gewesen sein. Nach Ermittlungen seien stahl der mutmaßliche Täter die Tasche, nachdem das am Rollator gehende Opfer schwer stürzte und bewusstlos am Boden lag. Der Festgenommene bestreite eine Beteiligung und bezahle andere Personen einen 15-Jährigen. Der Jugendliche wurde ebenfalls vorläufig festgenommen und räume ein, dabei gewesen zu sein, als der 26-Jährige die Tasche gestohlen habe.

Umwelthilfe

Das Umdenken dauert zu lange

Es ist die deutsche Automobilindustrie, die versäumt hat, sich zu erneuern, die sich absolut unzureichend auf die Zukunft eingestell hat, sich nicht grundlegend weiterentwickelt hat.

Es ist zwar naheliegend, immer größere oder stärkere Verbrennungsmotoren zu entwickeln, aber es ist nun mal für eine professionelle Produktentwicklung erforderlich, auch mittel- und langfristige Gedanken weiterzuentwickeln.

Es wurde zu lange auf Altbewährtes gesetzt. Jetzt findet gezwungenemmaßen

stärken, in dem solche Situationen, die Zerschlagung von Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zu, das 170 Bewerbern einen Studienplatz in Medizin auch ohne passende Abiturnote ermöglicht. Sie müssen sich dafür verpflichten, nach ihrem Studium für zehn Jahre als Studienkosten zahlen.

be. Nach Behördenangaben bestand zum Zeitpunkt des Angriffs am Wochenende tatsächlich eine Ansteckungsgefahr. Ob der Mitarbeiter infiziert wurde, könne man erst in einigen Wochen feststellen, sagte eine Staatsprüferin. Die Frau kam in Polizeigewahrsam. Die Stadt stellte Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung. Hepatitis C ist eine Leberentzündung.

Täter die Tasche, nachdem das am Rollator gehende Opfer schwer stürzte und bewusstlos am Boden lag. Der Festgenommene bestreite eine Beteiligung und bezahle andere Personen einen 15-Jährigen. Der Jugendliche wurde ebenfalls vorläufig festgenommen und räume ein, dabei gewesen zu sein, als der 26-Jährige die Tasche gestohlen habe.

Wir verbrauchen immer mehr kostbaren Sauerstoff, den wir dringend brauchen zum Atmen. Es findet ein ähnliches Umdenken statt, aber der Prozess ist erschreckend langsam.

Laschet diffamiert

Armin Laschet ist studierter Jurist. Umso erstaunlicher erscheint es, wie weit er bei recht ist, sich über geltendes Recht hinwegzusetzen und den gepöhlten Kunden zum Narren hält. Da wundert sich die Politiker, dass Bürger sich nicht mehr von ihnen vertreten fühlen?

Andries Broekhuijsen, Dülmen

Vertreter dieses Staates diffamiert der Umwelteverein als „Abmahnverein“. Mehr noch, er stellt sich straradesen vor die Autoindustrie, die seit Jahren die Gesetze missachtet, die betrogen hat und den gepöhlten Kunden zum Narren hält. Da wundert sich die Politiker, dass Bürger sich nicht mehr von ihnen vertreten fühlen?

Land kündigt finanzielle Unterstützung für Paare an

Hilfe bei unerfülltem Kinderwunsch

Von Hilmar Riemenschneider

DÜSSELDORF. Drei Versuche zahlte die Krankenkasse, danach ist jeder auf sich selbst gestellt. Für ungewollt kinderlose Paare will das Land deshalb die Möglichkeiten erweitern, um mit medizinischer Hilfe vollzeitlich doch noch eigenen Nachwuchs zu zeugen. Ab Sommer nächsten Jahres können betroffene Paare finanzielle Unterstützung beantragen, wenn die Krankenkasse keinen weiteren Versuch einer künstlichen Befruchtung mehr bezahlt. Kündigte NRW-Familienminister Joachim Stamp im Landtag an, Er setzt damit eine von den Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen getragene

Initiative um, für die bereits 3,9 Millionen Euro im Haushalts 2019 eingeplant sind. Die AfD enthielt sich.

Für Paare sei der unerfüllte Kinderwunsch eine große Belastung, die sogar oft die Beziehung gefährde, sagte der CDU-Abgeordnete Stefan Nacke. „Wir wissen auch, dass die Reproduktionsmedizin nur Wahrscheinlichkeiten erhöht.“ Es gehe aber darum, ungewollt kinderlosen Paaren den Zugang zu weiteren Versuchen zu ermöglichen und sie dafür von hohen finanziellen Anforderungen zu entlasten. So liege die Kosten für eine In-vitro-Fertilisation bei rund 3000 Euro je Zyklus, weitere 1500 Euro kostete eine vorher beginnende Hormontherapie.



Familienminister Joachim Stamp

die. Die Wahrscheinlichkeit, so schwanger zu werden, liege bei 30 Prozent. „Es gibt heute kein Recht auf ein Kind“, betonte Nacke. Die Grünen-Abgeordnete Josefine Paul betonte, der

Umstrittene finanzielle Unterstützung vom Bund Gebauer macht Druck für Digitalpakt

hlf. DÜSSELDORF. Die Anspannung ist mit Händen zu greifen, als Schulinministerin Wyome Gebauer (FDP) am Donnerstag ans Redepult im Landtag tritt. Bei ihr wie bei Ministerpräsident Armin Laschet (CDU), dem an beiden macht sich der oft ausgetragene Koalitionszwist über den Digitalpakt des Bundes für die Schulen fest. Der Re-

gierungschef lehnt die vom Bundestag dafür beschlossene Grundgesetzänderung ab. Er will mit seinen 15 Amtskollegen ausschließen, dass der Bund den Ländern, in die Schnulpolitik reinredet. Gebauer hingegen fordert, dass das Geld aus Berlin – für die Schulen in NRW geht es um etwa eine Milliarde Euro – schnell vor Ort ankommt.

Leserbriefe

hilfe“ für die Gesundheit ein und fordert die Durchsetzung der europaweit und auch von Deutschland mitgetragenen Gesetze ein. Gesetze, für deren Einhaltung eigentlich der Staat sorgen müsste.

Und ausgerechnet ein Vertreter dieses Staates diffamiert den Umwelteverein als „Abmahnverein“. Mehr noch, er stellt sich straradesen vor die Autoindustrie, die seit Jahren die Gesetze missachtet, die betrogen hat und den gepöhlten Kunden zum Narren hält. Da wundert sich die Politiker, dass Bürger sich nicht mehr von ihnen vertreten fühlen?

Rainer Seidl, Hörstel

Schittanda Brand

Zugang zur Reproduktionsmedizin müsse für alle Paare gelten. „Er darf kein Privileg Besserwollenender sein.“ Mit dem Landtagsbeschluss eröffnet sich für betroffene Paare zugleich die Möglichkeit, von einem seit 2012 bestehenden Förderprogramm des Bundesfamilienministeriums zu profitieren. Dessen Hilfen sind daran gekoppelt, dass sich die Bundesländer finanziell beteiligen. NRW ist das achte Land, das sich dem Programm anschließt.

Die SPD-Abgeordnete Angela Lück verwies auf eine Studie des Ministeriums, wonach in der Gruppe der 20- bis 50-jährigen Frauen und Männer ohne Kinder 25 Prozent ungewollt kinderlos

sind. Lück beschrieb wie auch andere Abgeordnete die Entwicklung, dass Paare sich immer später zur Familiengründung entscheiden – oft auch aus beruflichen oder wirtschaftlichen Gründen. Auf diese Entwicklung gelte es zu reagieren.

In den sieben Bundesländern, die vor NRW ein Förderprogramm aufgelegt haben, seien in der Folge seit dem rund 2560 Kinder geboren worden, warb FDP-Fraktionsvize Marcel Halke für das neue Programm. Familienminister Stamp kündigte an, die bestehende Altersobergrenze zur Teilnahme von 39 Jahren für Frauen und 49 Jahren für Männer sei nicht mehr zeitgemäß. Diese müsse neu definiert werden.

heute und morgen gibt es nicht mit der Ausstattung von gestern“, sagt Gebauer, ohne Laschet anzusehen. Dass die Länder dabei einen 50-Prozent-Pflichtanteil zahlen sollen, lehnt sie ebenfalls ab. Der CDU-Abgeordnete Marcus Opdenrekke mahnt hingegen, der Landtag dürfe sich nicht die Zuständigkeit für Bildung abkaufen lassen. Laschet hätte früher in die Diskussion eingreifen müssen, kritisierte Grünen-Schutzeckpeter Sigrid Beer. „Jetzt sind sie die Bremsbremse hinter allem.“ Das sei nicht im Sinne der Schulen. SPD und Grüne unterstützen die FDP-Linie, dass das Geld möglichst schnell fließen soll.



Die Debatte um Fahrverbote für Diesel sorgt weiter für politischen

sich zur Mittätern macht, indem sie willfährig die völlig unnutzen „Opdate“-Vorschläge der Autoindustrie nachplappert. Laut § 263 StGB ist Be-trug immer noch eine Straftat! Und nach bisherigen Erkenntnissen liegt auch ein Vorsatz vor. Also fragt man sich, wo bleibt die Strafverfolgung?

Reinhard Gerwin, Münster

Staat verdient am Dreck

Jetzt wird mir klar, warum Deutschland im Umweltsranking immer weiter abfällt. Der Staat verdient am Dreck. Welch eine Ironie!

gierung fordert auf nationaler und internationaler Ebene mehr Anstrengungen zur Luftreinhalting und die Dieselfahrer sind schuld. Welch eine Farce. Also weiter so, Geld haben die Firmen offensichtlich genug.

Hans Jürgen Mach, Haxvixbeck

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, mit der sich die Redaktion nicht immer identifiziert. Diese behält sich Kürzungen vor. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht. Ihre Meinung erreicht uns am schnellsten per E-Mail an leserbriefe@zgm-muenster-land.de. Informationen zu unserem Umgang mit personenbezogenen Daten erhalten Sie unter www.zgm-muensterland.de/Service/Datenschutz. Wir danken Ihnen